

## Beilage 104

### Antrag

Betreff:

Bundeseinheitliche Regelung der Versorgungsbezüge der ehemaligen Reichsbeamten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß die Zahlung der Versorgungsbezüge der ehemaligen Reichsbeamten und ihrer Hinterbliebenen raschestens einer bundeseinheitlichen Regelung zugeführt wird.

#### Begründung

Die Nachkriegszeit brachte für das deutsche Volk eine kaum zu beschreibende Zerreißen der Familien. Durch Familien-Zusammenführung versucht man nun, einigermaßen auszugleichen. Die Tatsache der nicht-bundeseinheitlichen Regelung der Versorgungsbezüge der ehemaligen Reichsbeamten und ihrer Hinterbliebenen bringt es mit sich, daß deutsche Staatsbürger, die im Zuge der Familien-Zusammenführung von einem Land in das andere übersiedeln, oftmals auch den Rechtsanspruch auf Versorgungsbezüge verlieren. Das aufnehmende Land wird dann insofern finanziell außerordentlich belastet, als vielfach dieser Personenkreis der Fürsorge zur Last fällt.

Weißenburg/B., den 24. Januar 1951

Stöhr (SPD)

## Beilage 105

### Antrag

Betreff:

Bereitstellung von Mitteln für die Wildschädenregulierung im Jagdjahr 1950

Der Landtag wolle beschließen:

Für die Regulierung von Wildschäden im Jagdjahr 1950 wird zusätzlich ein Betrag von 1 Million DM bewilligt.

München, den 23. Januar 1951

Wölfel,

Dr. Anker Müller, Bachmann Wilhelm, Baumeister, Baur Leonhard, Eberhard, Eichelbröner, Elsen, von und zu Frankenstein, Greib, Helmerich, Hettrich, Hofmann Engelbert, Nagengast, Dr. Schedl, Schmidramsl, Schuster, Strenkert, Dr. Wittmann (sämtliche CSU)

## Beilage 106

### Antrag

Betreff:

Bereitstellung von Mitteln zur Selbstmachung heimatvertriebener Bauern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, von den von seiten des Staates wie des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues bereitgestellten Mitteln jeweils mindestens 10% dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Selbstmachung von heimatvertriebenen Bauern sowie zur Ansiedlung nachgeborener Bauernsöhne, Landhandwerker und Land- und Forstarbeiter zur Verfügung zu stellen.

München, den 26. Januar 1951

Dr. Lenz, Thanbichler  
(beide CSU)

## Beilage 107

(Vergl. Beil. 49)

### Beschluß

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung

Der Landtag hat über den

Antrag des Abgeordneten Kaifer und Genossen betreffend Bereitstellung von Bundesmitteln zur Wildbachverbauung im Regierungsbezirk Schwaben (Beilage 19)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sich beim Bund dafür einzusetzen, daß zum Zwecke der Wildbachverbauung im bayerischen Alpen- und Voralpengebiet Bundesmittel (wie für Deichbauten im Lande Niedersachsen) zur Verfügung gestellt werden.

München, den 24. Januar 1951

Der Präsident:  
(gez.) Dr. Stang

Der Schriftführer:  
(gez.) Zita Zehner